

STATEMENT

Düsseldorf, 30. März 2022

Zu Gas- / Energieversorgung

Von Arndt G. Kirchhoff

Präsident Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw)

„Es ist gut und richtig, dass die Bundesregierung heute den Notfallplan Gas ausgerufen und damit vorsorglich Kriseninstrumente bereitgelegt hat. Dies ist angesichts einer nicht auszuschließenden weiteren Eskalation um einen möglichen Lieferstopp russischen Gases eine angemessene und verantwortungsvolle Reaktion. Das hilft, um unser Land auf eine mögliche Unterversorgung bestmöglich vorzubereiten, die Gasversorgungslage in Deutschland täglich neu zu beurteilen und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen ergreifen zu können.

Völlig klar ist, dass ein kurzfristiges Ausbleiben russischer Gaslieferungen Deutschland als Wirtschafts- und Industriestandort massiv treffen würde. Es ist völlig richtig, dass derzeit alles getan wird, um die Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energie- und insbesondere von Gaslieferungen zu verringern. Das geht aber nicht von heute auf morgen. Deshalb halte ich Forderungen aus der Politik nach einem Energieembargo gegen Russland nicht nur für völlig leichtfertig, sondern auch für hochgradig gefährlich. Da sind sich manche der ganzen Tragweite nicht bewusst.

Sollte es tatsächlich zu einem russischen Energieembargo und dann zu Abschaltungen einzelner Wirtschaftsbereiche kommen, drohen massive Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette der deutschen Wirtschaft. Stahl-, Chemie-, Glas-, Zement-, Papier-, Verpackungs-, Pharma-, Metall- und Elektroindustrie – alles hängt mit allem in unserer vernetzten und komplexen Wirtschaft eng und größtenteils auch unmittelbar zusammen. Wir müssen uns klarmachen, dass unserem Land ohne eine zu jeder Sekunde sichere Energieversorgung harte wirtschaftliche Einschnitte für Wirtschaft und Arbeitsplätze drohen.

Es ist jetzt auch wichtig zu überlegen, wie die Lasten möglicher Liefereinschränkungen oder gar Lieferausfälle zu verteilen sind. Ich warne davor, Wirtschaft und Industrie auf der einen und private Haushalte auf der anderen Seite gegeneinander auszuspielen. Unser Land würde ein gravierendes gesellschaftspolitisches Problem bekommen, wenn infolge eines Stillstands der deutschen Industrie schlimmstenfalls Millionen von Arbeitnehmer in „Kurzarbeit Null“ müssten oder gar ihre Arbeitsplätze verlören, und dann auch nicht mehr ihre Stromrechnungen bezahlen können.“